

Die Gewerkschaften haben in den letzten Jahrzehnten weltweit an Einfluss und Mitgliedern verloren. Der lange Zeit dominierende neo-liberale Diskurs, die daraus abgeleiteten Politiken der Deregulierung, Privatisierung und Flexibilisierung, die massive Veränderung der Produktionsstrukturen im Zuge der Globalisierung, hohe Arbeitslosigkeit und die rasante Zunahme an prekären Arbeitsverhältnissen sind die wichtigsten Ursachen für diese Situation. Dazu kommt das Dilemma, dass Gewerkschaften mittlerweile zwar durchaus global denken, aber im Wesentlichen immer noch lokal handeln (müssen). In den letzten Jahren hat sich die internationale Zusammenarbeit und die Schlagkraft der Gewerkschaften jedoch verbessert – dank der 2006 erfolgten Gründung des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB), der engeren Zusammenarbeit der Branchengewerkschaften in den Internationalen Gewerkschaftsbünden (Global Union Federations – GUFs) sowie der Schaffung des »Council of Global Unions«, in dem die Arbeit des IGB, der GUFs und des Trade Union Advisory Committee (TUAC) koordiniert wird.

Nicht zuletzt dieser Zusammenarbeit ist es zu verdanken, dass die Gewerkschaften bei der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise stärkeres Gehör fanden als zuvor. Dies gilt vor allem für den G20-Prozess, die Zusammenarbeit der 20 wichtigsten Volkswirtschaften der Welt, die sich im Zuge der Krise zu einer Art »Weltregierung« entwickelte. Diese Ausgabe der INTERNATIONALEN POLITIK UND GESELLSCHAFT beschäftigt sich mit der globalen Rolle der Gewerkschaften. Damit schließen wir an das Schwerpunktheft »Die Zukunft der Sozialdemokratie« (Nr. 4/2010) an, denn Sozialdemokratie und Gewerkschaften sind – trotz des spannungsreichen Verhältnisses in den letzten Jahren – zur Zusammenarbeit verdammt, um endlich wirksame Konsequenzen aus der Krise ziehen zu können und ein Wiederaufleben neoliberaler Paradigmen zu verhindern.

Der DGB-Vorsitzende *Michael Sommer* ist im Juni 2010 zum Präsidenten des IGB gewählt worden. In seinem Interview mit der IPG betont er den Einfluss, den die Gewerkschaften bei der Bewältigung der Krise

hatten. Dennoch zeigt sich Sommer hinsichtlich der zukünftigen Mitsprache der Gewerkschaften skeptisch – ganz nach dem Schillerschen Motto: »Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen«.

Der erste Teil unseres Schwerpunkthefts behandelt inhaltliche Herausforderungen, vor denen die Gesellschaften stehen. In ihrem Artikel betonen *John Evans* und *David Coats* die Erkenntnis, dass die globale Finanz- und Wirtschaftskrise viele Annahmen infrage gestellt hat, auf denen die Wirtschaftspolitik der letzten 30 Jahre beruhte. Dies muss von den Politikern berücksichtigt werden, wenn es darum geht, ein neues Wirtschaftsmodell zu schaffen. Zu einem solchen Modell gehört nach Ansicht von *Michael Cichon*, *Christina Behrendt* und *Veronika Wodsak* das Menschenrecht auf soziale Sicherheit. Erst die globale Wirtschafts- und Finanzkrise hat die Bedeutung eines »Social Protection Floor« (SPF) auf die Tagesordnung gebracht. Ein Thema, das auf der 100. Jahreskonferenz der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) im Juni 2011 eine zentrale Rolle spielen wird.

Anhand des politikwissenschaftlichen Konzepts der Global Governance beschäftigt sich *Sigrid Koch-Baumgarten* mit den Grenzen und Möglichkeiten einer Regulierung der Erwerbsarbeit, an dem nicht-staatliche Akteure, allen voran die Gewerkschaften, beteiligt sind. Dem Verfahren fehlt es allerdings an demokratischer Legitimation und Kontrolle wie den beteiligten Akteuren, die nur gesellschaftliche Partikulargruppen repräsentieren. Ein bedeutendes Instrument der internationalen Regelsetzung für die Gewerkschaften sind die »International Framework Agreements« (IFAs). In ihrem Beitrag analysieren *Michael Fichter*, *Markus Helfen* und *Jörg Sydow* die Bedeutung der IFAs für die internationale Gewerkschaftsbewegung, vor allem für die GUFs.

Im zweiten Teil unseres Schwerpunkthefts beschäftigen wir uns mit strukturellen Fragen. *Christine Bonner* und *Dave Spooner* befassen sich mit der Herausforderung für die Gewerkschaften, im informellen Sektor zu organisieren, der in den letzten Jahrzehnten weiter zugenommen hat. Arbeitnehmer auf diesem Gebiet fallen nicht unter das Arbeitsgesetz, und Frauen bilden hier den größten Anteil an Beschäftigten mit dem geringsten Status und niedrigsten Einkommen. Für die Gewerkschaften stellt die Organisation und Unterstützung »informeller« Arbeitnehmer eine sowohl praktische wie politische Notwendigkeit dar, wenn die Gewerkschaftsbewegung ihren Prinzipien und Zielen treu bleiben möchte. Spielt dieses Problem vor allem in den Ländern des Südens eine Rolle, so sieht sich die europäische Gewerkschaftsbewegung vor ganz andere Heraus-

forderungen gestellt. Nach Ansicht von *Hans-Wolfgang Platzer* leiden die europäischen Verbände – trotz mancher Teilerfolge – weiterhin unter Transnationalisierungsdefiziten, insbesondere in Gestalt einer mangelnden Ressourcenausstattung und Widersprüchen zwischen »europäischer Deklaration« und »nationaler Praxis«. Ein Aspekt der Stärke (oder Schwäche) der europäischen Gewerkschaften stellen die Europäischen Betriebsräte dar; mit der darüber hinausgehenden Zukunft der »Worker Participation« in Europa beschäftigen sich *Michael Stoltz* und *Sascha Meinert* in vier Szenarien bis zum Jahr 2030. Diese bieten keine fertigen Antworten an, sondern stellen Fragen und laden zu einem konstruktiven Dialog über Alternativen, Unsicherheiten und die Frage »in welcher Zukunft wollen wir leben?« ein. Abschließend behandelt *Gonzalo D. Martner* Aspekte des problematischen Verhältnisses zwischen progressiven Regierungen und Gewerkschaften am Beispiel Chiles, Argentiniens und Uruguays.

Zwei weitere Artikel in diesem Heft haben außenpolitische Probleme zum Gegenstand. *Hans W. Maull* fordert im Anschluss an seinen Artikel in IPG 1/2011 die deutsche Außenpolitik »in einer Welt der Turbulenz« auf, Koalitionen für »effektiven Multilateralismus« zu schmieden und selbst beispielgebend voranzugehen. Mit einem hierzulande wenig beachteten Thema befasst sich *Andreas Holtz*, nämlich der Rolle Australiens als regionale Führungsmacht im Pazifik, die sich im Spannungsfeld zwischen den engen politischen Beziehungen zu den USA und den intensiven ökonomischen Relationen zu China bewegt.

In der letzten Ausgabe unserer Zeitschrift haben wir zu Stellungnahmen zum dort erschienenen Artikel von Gerd Ganteför mit seinen provozierenden Thesen über Bevölkerungswachstum und Klimawandel aufgerufen. Wie erwartet, sind zahlreiche Kommentare eingetroffen; den ersten von *Nina Netzer* und *Ernst Ulrich von Weizsäcker*, die sich kritisch mit Ganteförs Text auseinandersetzen, veröffentlichen wir in dieser Ausgabe. Wir würden uns freuen, wenn wir diese Debatte zu einem so wichtigen Thema fortführen könnten.

Dieses Heft wäre ohne die tatkräftige Unterstützung der für die Koordination der internationalen Gewerkschaftsarbeit zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung nicht zustande gekommen. Sie haben einen Großteil der redaktionellen Arbeit übernommen, Autoren identifiziert, akquiriert, und die Artikel fachlich betreut. Ihnen sei deshalb an dieser Stelle sehr herzlich gedankt: Ulrike Ehnes, Sarah Ganter, Julia Müller, Jan-Hendrik Müller, Reiner Radermacher, Ingrid Ross und Renate Tenbusch.